

Medienmitteilung

Pädophile sollen nie mehr mit Kindern arbeiten dürfen

BDP lanciert Petition zur konsequenten Umsetzung der Initiative

Die Bürgerlich-Demokratische Partei der Schweiz (BDP) lanciert eine Petition, mit welcher der Bundesrat zu einer konsequenten Umsetzung der „Pädophilen-Initiative“ aufgefordert wird. Es geht um den Schutz der Opfer und nicht der Täter.

Am 18. Mai 2014 haben 63.5% der Stimmenden sowie alle Stände die Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ angenommen. Die Initiative verlangt, dass Personen, die verurteilt werden, weil sie die sexuelle Unversehrtheit eines Kindes oder einer abhängigen Person beeinträchtigt haben, endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. – Zusammengefasst, bzw. anders formuliert: Ein lebenslanges Berufsverbot für verurteilte Sexualstraftäter.

Der Bundesrat hat inzwischen zwei Umsetzungsvarianten vorgestellt. Eine Version ohne jegliche Ausnahmen, eine zweite Version mit zu vielen Ausnahmen. – Beides ist nicht akzeptabel. Die BDP wehrt sich insbesondere gegen Absicht des Bundesrates, ein Tätigkeitsverbot von der Höhe der Strafe abhängig zu machen und dieses zu gegebener Zeit erneut zu überprüfen. Der Opferschutz muss einen klar höheren Stellenwert haben als der Wunsch des Täters, wieder mit potenziellen Opfern arbeiten zu können. Es ist deshalb klar, dass das Tätigkeitsverbot endgültig zu sein hat und Ausnahmeregelungen auf ein Minimum zu beschränken sind. Als klare Ausnahme wurde richtigerweise stets die so genannte „Jugendliebe“ genannt. Selbst bei einer Verurteilung, z. B. wegen Verletzung des Schutzalters, kann hier nicht automatisch von Pädophilie ausgegangen werden. Diese Ausnahme ist deshalb in der gesetzlichen Umsetzung zu definieren.

Die BDP wird sich im Rahmen der Vernehmlassung sowie in der parlamentarischen Arbeit mit aller Kraft für eine Umsetzungsgesetzgebung im Sinne des Volksentscheides vom 18. Mai 2014 engagieren. Sie wird nötigenfalls auch ein Referendum in Betracht ziehen. Vorerst lanciert die BDP eine Petition und will damit nochmals ein klares Signal der Bevölkerung erreichen, um den Bundesrat sowie die anderen Parteien bei der Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung an den klar zum Ausdruck gebrachten Volkswillen zu erinnern.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

Christine Bussat, Kandidatin BDP VD Nationalratswahlen, 079 244 94 68

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

06.07.2015